



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Wolf

Telefon: (0221) 221 24954

E-Mail: karin.wolf1@stadt-koeln.de

Datum: 06.04.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 08.03.2022, 14:05 Uhr bis 15:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an! In den Gremiensitzungen sind medizinische oder FFP2-Masken zu tragen.

Anwesend waren:

Stellvertretender Vorsitzender

Rudolph, Floris

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Stimmberechtigte Mitglieder

Lorenz, Lukas

SPD-Fraktion (in Vertretung für Frau Frerich)

Dr. Schlieben, Nils Helge

CDU-Fraktion

Kessing, Ulrike

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Wahlen, Lars

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Schalla, Chantal

FDP-Fraktion

Gümüs, Attila

Fraktion Die Linke.

Braun, Andrej

Sportjugend im Stadtsporthaus Köln e.V.

Körfigen, Julia

Evangelische Jugend in Köln (in Vertretung für Herrn Kaven)

Kleine, Monika

SKF e.V. Köln (in Vertretung für Herrn Krücker)

Volland-Dörmann, Ulrike

AWO Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schöppen, Catherine

FDP-Fraktion

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Van Lengerich, Ulrike

Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Riedmann, Heike

Jugendamtselternbeirat Köln

Raab, Jennifer

Jüdische Kultusgemeinde/ Synagogengemeinde Köln

Reuther, Bernd

Polizeipräsidium Köln, KK 57

Spitzley, Georg

Katholisches Stadtdekanat Köln

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Richter, Lydia	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik (in Vertretung für Frau Passavanti)
Norenkemper, Sven	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Quilling, Marie-Luise	SPD-Fraktion
Grunert, Uwe	SPD-Fraktion (in Vertretung für Frau Gérard-Post)
Knöller, Celina	CDU-Fraktion
Wöhler, Carmen	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Böll, Mechthild	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Ozminski, Martin	FDP-Fraktion
Radke, Johannes	FDP-Fraktion

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bläser, Sonja	HennaMond e.V.
Boye-Toledo, Erich	Kinder- und Jugendzentrum DachloW
Decker, Thorsten	Solibund e.V.
Krämer, Marion	Rom e.V.
Naumann, Bernd	AGOT St. Anna (in Vertretung für Herrn Will)
Peters, Markus	SKM e.V. Köln
Piger, Jürgen	anyway e.V.
Ruda, Marc	DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz
Saxler, Hans-Josef	Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
Schmerbach, Cornelia	Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.
Sin, Mira	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.

Verwaltung

Beigeordneter Voigtsberger, Robert	Dezernent
Schäfer-Sikora, Renate	Stellvertretende Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Weitere Vertreter*Innen der Verwaltung

Heinemann, Petra	Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-)
Mörtl, Jessica	Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-)
Scholer, Andrea	Referentin des Beigeordneten (IV)

Entschuldigt fehlten

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf	SPD-Fraktion
Bergmann, Ulrich	Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Buff, Thorsten	Kölner Jugendring e.V.
Frerich, Iris	SPD-Fraktion
Friedrich, Roman	CDU-Fraktion
Dr. Hambüchen, Thomas	Drogenhilfe Köln gGmbH
Horstkotte-Löffelholz, Christoph	Kölner Spielwerkstatt e.V.
Janas, Michael	Pavillon e.V.

Kaven, Dominik	BDKJ Erzdiözese Köln e.V.
Koerber, Sebastian	Rheinflanke gGmbH
Krücker, Peter	Caritasverband Köln e.V.
Kura, Jürgen	Väter in Köln e.V.
Kurbjeweit, Frieder	SJD - Die Falken Kreisverband Köln
Mahr, Frauke	LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e.V.
Passavanti, Juliane	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Schnabel, Nadia	Kölner Jugendring e.V.
Dr. von Möller, Sandra	KIDSmiling e.V.
Dr. Zäschke, Wolfgang	Jugendhilfe und Schule e.V. - Jugendladen Nippes Museum
Zernikow, Inga	Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.

Herr Rudolph eröffnet als stellvertretender Ausschussvorsitzender die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die anwesenden Teilnehmer*innen, die Zuschauer*innen über den virtuellen Live-Stream sowie die anwesenden Gäste.

Als Gäste sind erschienen:

- **Frau Susanne Monsieuer** (511)
- **Herr Gorden Stelmaszyk** (Ev. Jugendhilfe Anna-Stiftung e.V.)
- **Frau Jeanette Bielefeld** (Volt)
- **Frau Dagmar Niederlein** (s. TOP 9.1.2)

Er erklärt, dass Herr Bürgermeister Dr. Heinen bedauerlicherweise erkrankt sei, aber er richte an alle dessen Grüße aus.

Herr Rudolph bittet alle Anwesenden, sich zu erheben und nimmt die **Verpflichtung** mit folgendem Wortlaut vor:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

Verpflichtet wurde: Krämer, Marion

Er weist darauf hin, dass die Regelungen zur Corona-Pandemie weiterhin gelten und bittet in diesem Zusammenhang darum, die Maske die ganze Sitzungszeit über zu tragen sowie sich bei Redebeiträgen möglichst kurz zu fassen.

Herr Rudolph weist auf die ausliegenden **Broschüren** zu TOP 8.4.3 „Digitale Spiele pädagogisch beurteilt“ hin und lädt die Anwesenden ein, sich im Anschluss an die Sitzung ein Exemplar mitzunehmen.

Er benennt die ausliegenden **Tischvorlagen:**

Öffentlicher Teil:

- TOP zu 5.2.1 (0806/2022)
- TOP zu 6.2.1 (0772/2022)
- TOP 7.1.3 (0739/2022)
- TOP 8.5.5 (0725/2022)

Nicht-öffentlicher Teil:

- TOP 9.1.1 (4420/2021)
- TOP 9.1.2 (0618/2022)

Die Tischvorlagen liegen dieser Niederschrift als **Anlagen 1 - 6** bei.

Herr Rudolph bittet - im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung - noch die nachfolgenden Punkte auf die **Tagesordnung** aufzunehmen:

Öffentlicher Teil:

- TOP 5.2.1 (ohne Nr.)
- TOP zu 5.2.1 (0806/2022)
- TOP zu 6.2.1 (0772/2022)
- TOP 6.2.2 (AN/0520/2022)
- TOP 7.1.1 (0608/2022)
- TOP 7.1.2 (0550/2022)
- TOP 7.1.3 (0739/2022)
- TOP 8.4.1 (0696/2022)
- TOP 8.4.2 (0698/2022)
- TOP 8.4.3 (0720/2022)
- TOP 8.5.5 (0725/2022)

Nicht-öffentlicher Teil:

- TOP 9.1.1 (4420/2021)
- TOP 9.1.2 (0618/2022)

Herr Rudolph schlägt vor, die Reihenfolge der TOP`s im **nicht-öffentlichen** Teil der Sitzung zu ändern und die Anhörung unter TOP 9.1.2 vorzuziehen und TOP 9.1.1 erst im Anschluss zu behandeln.

Frau Schalla bittet darum, die Beantwortung zu TOP 6.2.1 in die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Eine entsprechend aktualisierte Tagesordnung wurde verteilt.

Es ergibt sich die folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0 Aktuelles zur Situation der Geflüchteten aus der Ukraine

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler
- 1.2 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.3 Präsentationen

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch
 - 2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Alevitisches Kulturzentrum Köln-Porz und Umgebung e.V." 4177/2021
- 2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen
./.
- 2.3 Weitere Beschlüsse
./.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

- 3.1 Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes An den Maien in Köln-Poll 0104/2022
- 3.2 Annahme einer zweckgebundenen Spende für die Neugestaltung des Bolzplatzes Manstedter Weg in Müngersdorf 4086/2021

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Projektverlängerung 4418/2021

- 4.2 Weiterführung des Projektes „Plan27“ – Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive
4440/2021

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

- 5.1 Frühere Anträge
. / .

- 5.2 Neue Anträge

- 5.2.1 Antrag aus Sportausschuss vom 27.01.2022: "Inklusive Skaterparks"

Zu 5.2.1 Inklusive Skaterparks - Antrag der Stadt-AG Behindertenpolitik zum Sportausschuss vom 27.01.2022
0806/2022

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

- 6.1 Frühere Anfragen

- 6.1.1 Beratungsfrequenz beim schulpsychologischen Dienst und bei den Erziehungsberatungsstellen
AN/0154/2022

Zu 6.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0154/2022 "Beratungsfrequenz beim schulpsychologischen Dienst und bei den Erziehungsberatungsstellen"
0567/2022

- 6.2 Neue Anfragen

- 6.2.1 Suizidversuche von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie
AN/0177/2022

Zu 6.2.1 Beantwortung der FDP-Anfrage „Suizidversuche von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie“
0772/2022

- 6.2.2 Jugendeinrichtung Wunschtor
AN/0520/2022

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Beantwortung der mündlichen Nachfragen der FDP-Fraktion zu der Vorlage 0185/2022 unter TOP 7.1.5 aus der JHA-Sitzung am 25.01.2022
0608/2022

7.1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage der FDP-Fraktion zum Live-Stream
0550/2022

7.1.3 "KiTa Berrischstraße 132-136 in Köln (Roggendorf/Thenhoven)" Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Schmerbach aus der JHA-Sitzung vom 25.01.2022
0739/2022

7.2 Neue Anfragen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Umbesetzung JHA-Mitglieder
0429/2022

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung
./.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste
./.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 "Tag der Jugend im Rathaus" - Umsetzung unter Pandemiebedingungen – Abschluss 2020/2021 – Sachstand 2022
0696/2022

8.4.2 Begleitgremium zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025
0698/2022

8.4.3 Ratgeberbroschüre „Digitale Spiele pädagogisch beurteilt“ Band 31 2021/2022
0720/2022

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 EDELGARD: Tätigkeitsbericht 2021 und geplante Evaluation
0332/2022

8.5.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU
und Volt zum Thema Kinderfreizeitbonus für Kinder Alleinerziehender in Hartz
IV (AN/2325/2021)
3860/2021

8.5.3 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Politische
Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken" in der Sitzung am
30.08.2021
0466/2022

8.5.4 Sportentwicklungsplanung - "POLDIS STRASSENKICKER": kostenloses
Fußballtraining für Kölner Kinder und Jugendliche
0497/2022

8.5.5 Testpflicht in Kindertageseinrichtungen
0725/2022

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentliche Beschlüsse (Verwaltungsvorlagen)

9.1 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemein-
deordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.1.1 Ordnungsgemäße Leistungsgewährung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe für
Leistungen der Vollzeitpflege bei 51 - Amt für Kinder, Jugend und Familie
4420/2021

9.1.2 Übertragung der Leitung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie
0618/2022

9.2 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen
./.

9.3 Beschlussempfehlungen an den Rat
./.

10 Nichtöffentliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

10.1 Frühere Anfragen
./.

10.2 Neue Anfragen

11 Nichtöffentliche Mitteilungen
./.

I. Öffentlicher Teil

TOP 0 Aktuelles zur Situation der Geflüchteten aus der Ukraine

Herr Rudolph nimmt Bezug auf die aktuelle Situation und erklärt, dass die schrecklichen Bilder von Putins Angriffskrieg alle sehr bewegen würden. Er bedankt sich im Namen des Jugendhilfeausschusses bei allen, die derzeit helfen, die Geflüchteten, insbesondere die Kinder, in der Stadt Köln willkommen zu heißen und die nicht nur mit Rat und Tat, sondern auch mit der Organisation von Wohnungen, Kleidern und Spielzeug unterstützend zur Seite stehen. Sein besonderer Dank gehe in diesem Zusammenhang an die Träger und Vereine im JHA.

Herr Rudolph kündigt nachfolgend unter **TOP 0** einen Wortbeitrag von Herrn Beigeordnetem Voigtsberger zu der Situation der aus der Ukraine Geflüchteten an.

Herr Beigeordneter Voigtsberger tritt an das Rednerpult und nimmt Bezug auf den Krieg in der Ukraine. Er möchte einen Einblick in die Lage aus Sicht der Jugendhilfe geben und schildert kurz die bisherigen Ereignisse:

Am Sonntagabend, dem 06. März, seien der Stadt Köln insgesamt 38 Kinder und fünf erwachsene Begleitpersonen angekündigt worden. Die Kinder seien zwischen fünf und 12 Jahre alt und am Morgen des 08.03.2022 wohlbehalten in Köln angekommen. Sie seien bereits in der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln an zwei Standorten aufgenommen worden, zum einen in einer bereitgestellten Wohngruppe in Nippes und zum anderen in einem Wohnhaus der Kinderheime in Brück.

Da die mitreisenden Erwachsenen voraussichtlich nicht bei den Kindern bleiben werden, habe das Jugendamt sehr schnell für eine Betreuung der Kinder gesorgt, unter anderem durch ukrainisch sprechende pädagogische Fachkräfte. Er bedanke sich dafür ausdrücklich bei dem entsprechenden Träger.

Das Gesundheitsamt unterstütze durch Corona-Testungen sowie Impfungen. Auch dafür spricht er seinen Dank aus.

In den Tagen zuvor haben das Jugendamt Anfragen zur Unterbringung von geflüchteten Menschen von Einzelpersonen sowie verschiedenen Trägern und Einrichtungen erreicht. Es sei gefragt worden, ob kurzfristig mehrere Gruppen von Kindern und Jugendlichen aus Kinderheimen der Ukraine aufgenommen werden können. Insgesamt sei es um mehr als 100 Kinder und Jugendliche gegangen. Die Aufnahme sei seitens des Jugendamtes jeweils vorbereitet und zugesagt worden. Im Anschluss habe das Jugendamt die Information erreicht, dass diese Kinder und Jugendlichen letzten Endes von privaten Initiativen an anderweitigen Orten untergebracht werden konnten.

Mit Beginn der Anfragen bezüglich der Aufnahme von Bewohnern und Mitarbeitenden von ukrainischen Heimen seien Träger der stationären Jugendhilfe hinsichtlich der freien Kapazitäten abgefragt worden. Die städtische Heimeinrichtung Kids und weitere Träger haben umfängliche Unterstützung angeboten. Dafür bedanke er sich bei allen Trägern.

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie kläre aktuell mit dem Amt für Wohnungsweisen und Trägern der Jugendhilfe verschiedenste Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten, insbesondere falls in der Nacht oder am Wochenende Bedarfe entstehen. Weitere ambulante Jugendhilfe-Träger stellen dem Jugendamt ukrainischsprachige Mitarbeitende zur Seite.

Nach aktueller Rechtsauffassung des LVR handelt es sich bei den eingereisten Kindern und Jugendlichen in der Regel um die Personengruppe der sogenannten „unbegleiteten, minderjährigen Ausländer“. Das bedeute, dass Herkunft und soziale Umstände der Kinder von den Mitarbeitenden individuell geprüft werden.

Das Jugendamt höre im Rahmen einer Einzelfallbearbeitung alle ukrainischen Kinder und Jugendlichen im Erstgespräch an, um nach Auswertung der Erkenntnisse eine jeweils individuelle Entscheidung zu treffen, die dann gegebenenfalls auch die Einrichtung einer Vormundschaft oder Pflegschaft zur Folge haben könne.

Insbesondere das Gespräch mit den kleineren Kindern sei eine große Herausforderung, da keine Kenntnis über ihre familiäre Situation bestehe, ob sie sich von Eltern und Geschwistern trennen mussten und in welchem Ausmaß sie traumatisiert seien. Er versichert, dass die Kolleg*innen mit dieser Situation sehr sensibel und kindgerecht umgehen.

Der LVR sei um die Einrichtung einer NRW-Koordinationsstelle gebeten worden. Die Aufnahmeanfragen kommen derzeit bei vielen kommunalen Jugendämtern an und es komme dadurch zu Mehrfachbearbeitungen.

Bereits jetzt sei erkennbar, dass die Großstädte auf eine exponierte Belastungssituation hinsteuern. Eine zentrale Koordinationsstelle des Landes wäre daher wichtig und würde für die Kommunen eine große Unterstützung bedeuten.

Neben den unbegleiteten Kindern und Jugendlichen seien auch viele Mütter, Eltern und Großeltern mit Kindern vor dem Krieg geflohen. Einige seien zunächst bei Freunden oder Verwandten untergekommen oder das Wohnungsamt habe ihnen Wohnraum in verschiedensten Unterkünften zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus gebe es noch organisatorische Bedarfe zu klären wie beispielsweise finanzielle Unterstützung, Krankenversicherung oder medizinische Hilfe.

Die Stadt Köln habe einen ämterübergreifenden Krisenstab eingerichtet, der damit beauftragt worden sei, die Ankunft und den Verbleib der Menschen gut zu organisieren und ihnen so viel Unterstützung wie nötig und möglich anzubieten. Noch könne nicht vollumfänglich eingeschätzt werden, was diese Menschen neben der Grundversorgung alles brauchen werden. Es müsse davon ausgegangen werden, dass der Verlust der Heimat, die Trennung von geliebten Personen und dem gewohnten Umfeld besonders für die Kinder absolut tragische Folgen haben könne. Auch hier seien die Kolleg*innen der Jugendhilfe gefordert, im Rahmen der Beratung, des Angebotes von Kita- und Schulplätzen, aber auch bei der Überleitung ins Gesundheitssystem, um beispielsweise therapeutische Hilfe zu erlangen.

Herr Beigeordneter Voigtsberge ermutigt im Hinblick auf die starke Belastung alle Mitarbeitenden als auch die Kooperationspartner über Belastungen und Ängste zu sprechen. Er stellt klar, dass es um Menschen gehe und nicht um nüchterne Fakten und sagt zu, dass gemeinsam alles daran gesetzt werde, den geflüchteten Menschen die benötigte Unterstützung zukommen zu lassen.

Der völkerrechtswidrige Angriff des russischen Präsidenten stelle einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges dar. Nie zuvor habe ein Aggressor ein europäisches Land angegriffen und einen Krieg begonnen. Krieg könne und dürfe niemals irgendwo ein legitimes Mittel zur Lösung von Konflikten sein und sei zutiefst zu verurteilen. Er reihe sich in die Riege der Kölnerinnen und Kölner ein, die seit diesem furchtbaren 24. Februar mit einer Stimme sprechen und sagen: „Herr Putin, stoppen Sie diesen Krieg! Sofort“.

Dabei fühle er sich den Menschen verpflichtet, deren Leben und deren Freiheit heute bedrängt werde. Insbesondere fühle er mit den schwächsten Opfern des Krieges – den Kindern und Jugendlichen. Er appelliert, allen fliehenden Menschen aus der Ukraine gemeinsam zu helfen, mit besonderem Augenmerk auf die Kinder und Jugendlichen.

Corona habe allen Menschen weltweit in den letzten beiden Jahren ein enormes Maß an Belastbarkeit und einen außergewöhnlichen Einsatz abverlangt. Der Krieg mitten in Europa, keine 2.000 Kilometer entfernt, stelle alle vor neue Herausforderungen. Krieg und Vertreibung beziehungsweise Flucht seien für alle Menschen ein schwer belastendes Ereignis, oft auch traumatisierend. Gerade die psycho-soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werde hiervon maßgeblich negativ beeinflusst.

Jedes Vertrauen beruhe auf Bindung. Das gelte insbesondere für die Jüngsten. Die Fähigkeit, Vertrauen aufzubauen, entstehe durch enge, relevante Bezugsmenschen. Das seien in der Regel die Eltern, Erziehungsberechtigte und ebenso Betreuerinnen und Betreuer. Sie stehen für Sicherheit, Nähe, Fürsorge und Geborgenheit. Werde dieses Vertrauen von außen gestört, etwa durch Flucht- oder Kriegserfahrungen, dann werde den Kindern ihre Ur-Bedürfnisse nach körperlicher Nähe, Sicherheit und Geborgenheit verweigert. Dann entwickeln sich Bedrohungsgefühle, Angst und Verzweiflung. Und diese behindern jede positive Entwicklung und gelingendes Aufwachsen. Wenn es keine sichere Umgebung gebe, keine Heimat, kein Zuhause, keinen Ort der Zuwendung oder Geborgenheit, dann entwickle sich in Kindern das Gefühl, der Umwelt gegenüber hilflos ausgeliefert zu sein. Dann sei das Ur-Vertrauen, welches jeder Mensch in sich trage, schwer erschüttert sowie gelingendes Aufwachsen und damit auch die Persönlichkeitsentwicklung und die Bildung einer starken Identität als Erwachsene*r gefährdet.

Identität sei der Kern von allem. Diese könne aber nur entwickelt werden und nur dann zu starken Erwachsenen und zu echten Persönlichkeiten führen, wenn gerade in der frühen Kindheit und im Jugendalter die Chance vorhanden sei, sicher und mit festen Bezugspersonen und in Frieden aufzuwachsen. Nur dann wachse Vertrauen in Menschen und die Welt und damit letzten Endes in einen selbst. Nur so können aufwachsen und die Entwicklung zu einem starken erwachsenen Menschen gelingen.

„Identität ist der Schnittpunkt zwischen dem, was eine Person sein will, und dem, was die Welt ihr gestattet zu sein“. Das habe einst der renommierte Entwicklungspsychologe Erik Erikson gesagt, dessen Werk heute für nahezu alle Pädagoginnen und Pädagogen nicht nur anerkannt, sondern eine der zentralen Grundlagen aller Erziehungsarbeit sei.

Er sehe es als Beigeordneter für Bildung, Jugend und Sport als eine seiner zentralen Aufgaben an, Kindern und Jugendlichen eine Welt zu gestalten, die eben keine Grenzen der Entwicklung vorgebe. Sondern im Gegenteil, eine Welt zu gestalten, die es Menschen gestatte und ermögliche, alles zu sein, was sie sein wollen. Die Menschen haben sich für eine Gesellschaft in Freiheit entschieden.

Diese Botschaft möchte er in Wladimir Putins Richtung senden: Die Freiheit jedes und jeder Einzelnen, finde ihre Grenze nur an der Freiheit des beziehungsweise der Anderen.

Die Demonstrationen seien wichtige Zeichen. Diese sollten unbedingt fortgesetzt werden. Doch Zeichen setzen allein werde nicht genügen. Er spüre, dass nicht nur er, sondern die ganze Stadt genauso mit den Menschen fühle, deren Leben und deren Freiheit bedrängt werde. Viele seien heute auf der Flucht, viele werden noch kommen. Er appelliert, diesen Menschen gemeinsam und insbesondere den Schwächsten von Ihnen, nämlich den Kindern und Jugendlichen, zu helfen.

Damit meine er nicht nur, ihnen Unterkünfte bereitzustellen oder zu spenden, was zweifelsohne ebenfalls wichtig sei. Aber er meine, dass den Menschen aus der Ukraine eine helfende Hand gereicht werden müsse, indem sie in der Stadt Köln, den Ländern und im Bund von Herzen willkommen geheißen werden. Sie sollen spüren, dass sie willkommen sind, dass sie unsere Gesellschaft mitgestalten können und sollen. Er wünscht, ihnen neue Perspektiven zu geben.

Die Stadt Köln habe sich vor vielen Jahren folgendes Leitziel gegeben: „Wir gestalten gelingendes Aufwachsen und Lernen in Köln“. Er appelliert, dieses Ziel beispielhaft vorzuleben und den Menschen aus der Ukraine und insbesondere den Kindern und Jugendlichen zu helfen, die unsagbare Last von Krieg und Flucht gemeinsam zu tragen. Er wünscht, ein verlässlicher und starker Partner zu sein, und regt an, gemeinsam dazu beizutragen, den Geflüchteten die Zeit in Deutschland und in Köln so positiv wie möglich zu gestalten, unabhängig davon von der Dauer.

Abschließend bedankt er sich bei den JHA-Mitgliedern.

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden benannt: Frau Schalla, Herr Lorenz und Herr Dr. Schlieben.

1.2 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Persönliche Erklärungen werden nicht abgegeben.

1.3 Präsentationen

Es werden keine Präsentationen gehalten.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Alevitisches Kulturzentrum Köln-Porz und Umgebung e.V." 4177/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Alevitisches Kulturzentrum Köln-Porz und Umgebung e.V.“, Josefstr. 24, 51143 Köln gemäß § 75 Abs. 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Frau Körfgen (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

Frau Kleine (SKF e.V. Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Krücker (Caritasverband Köln e.V.)

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

Eine Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen fand nicht statt.

2.3 Weitere Beschlüsse

Weitere Beschlüsse wurden nicht gefasst.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes An den Maien in Köln-Poll 0104/2022

Frau Schalla lobt den Entwurf dieses Spielplatzes, bemängelt aber, dass das Thema Barrierefreiheit etwas vernachlässigt worden sei. Sie fragt nach Spielgeräten, die für Kinder mit Behinderung beziehungsweise mit dem Rollstuhl nutzbar seien.

Herr Lorenz bedankt sich bei der Verwaltung für die zügige Bearbeitung und die gute Zusammenarbeit. Er freue sich, wenn der Plan schnell umgesetzt werde.

Frau Heinemann weist darauf hin, dass das Thema Barrierefreiheit berücksichtigt worden sei. Der Sand-Belag sei einem Teppichflies ähnlich und vollumfänglich mit Rollstühlen befahrbar. Sie ergänzt, dass es bei allen Spielgeräten Elemente gebe, die von Kindern mit Behinderung genutzt werden können.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung, die Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes An den Maien in Köln-Poll mit Gesamtkosten in Höhe von 450.000 Euro (Brutto) durchzuführen.
Die über die Jahre der Nutzung ergebniswirksam anfallenden bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 45.000 Euro (Brutto) sind im Haushaltsplan 2022 im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit anteilig eingeplant. Ab dem Haushaltsjahr 2023 ff. sind die erforderlichen Mittel im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungsprozesse vom Dezernat für Bildung, Jugend und Sport innerhalb der dann zugewiesenen Budgets, ggf. auch durch Umschichtungen, zu finanzieren.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 450.000 Euro (Brutto) im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002 Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Frau Körfgan (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

Frau Kleine (SKF e.V. Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Krücker (Caritasverband Köln e.V.)

3.2 Annahme einer zweckgebundenen Spende für die Neugestaltung des Bolzplatzes Manstedter Weg in Müngersdorf 4086/2021

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal nimmt die Spende der Lukas Podolski Stiftung in Höhe von 156.200 Euro für die Neugestaltung des Bolzplatzes, auf dem öffentlichen Spiel- und Bolzplatz Manstedter Weg in Müngersdorf, vorbehaltlich der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses, an. Der Sitzungstermin des Jugendhilfeausschusses findet einen Tag nach der Sitzung der Bezirksvertretung statt.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Frau Körfgen (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

Frau Kleine (SKF e.V. Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Krücker (Caritasverband Köln e.V.)

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Projektverlängerung 4418/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Die Verwaltung wird mit der Fortsetzung der Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ sowie der Durchführung von Maßnahmen entsprechend des Konzeptes zur kommunalen Umsetzung der Landesinitiative unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) bis zum 30.06.2023 beauftragt. Die Fortsetzung des Projektes über den 30.06.2022 hinaus steht unter dem Vorbehalt einer positiven Bescheidung durch die Bezirksregierung Arnsberg.
2. Der Rat beschließt in Folge der fortgesetzten Teilnahme am Landesprogramm die Aufteilung des weitestgehend ungeänderten Gesamtprojektvolumens in Höhe von 2.956.360 Euro inklusive eines städtischen Eigenanteils von 591.272 Euro (20 Prozent) auf die Jahre 2022 und 2023 wie folgt:
 - Für das Haushaltsjahr 2022 entstehen voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.389.354,79 Euro. Im Haushaltsplan 2022 stehen Aufwandsermächtigungen im Teilplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 561.578 Euro für dieses Projekt zur Verfügung. Der verbleibende Bedarf wird im gleichen Teilplan per unechter Deckung aus der Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, bedarfsgerecht bereitgestellt.

- Für das Haushaltsjahr 2023 entstehen voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 742.377,39 Euro. Dezernat OB wird im Haushaltsplanaufstellungsprozess 2023ff innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die entsprechenden Mittel im Teilplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, ggf. durch Umschichtungen oder bedarfsgerecht per unechter Deckung aus der Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Frau Körfgan (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

Frau Kleine (SKF e.V. Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Krücker (Caritasverband Köln e.V.)

4.2 Weiterführung des Projektes „Plan27“ – Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive 4440/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt die Weiterführung des bisher mit kommunalen Mitteln bis zum 30.04.2022 geförderten Projektes „Plan27“ um weitere zwei Jahre bis zum 30.04.2024. Gefördert werden sollen:

- a) bei dem Träger „Sozialpsychiatrisches Zentrum (SPZ) Köln-Nippes und Köln-Chorweiler e.V.“ im linksrheinischen Norden Kölns wie bisher eine halbe Vollzeitstelle.
- b) bei dem Träger „Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH“, im rechtsrheinischen Kölns wie bisher eine ganze Vollzeitstelle.
- c) bei dem Träger „Alexianer Köln GmbH“ im linksrheinischen Süden Kölns wie bisher eine halbe Vollzeitstelle. Zusätzlich soll der Träger für die Koordination des Verbunds der drei Träger eine Förderung für eine weitere drittel Vollzeitstelle erhalten.

Seitens des Jobcenter Kölns liegt eine Zusage bezüglich einer zukünftigen Förderungsbeteiligung auf Basis des § 16h SGB II (Bundesmittel) vor. Der auf die Verwaltung entfallende Anteil zur Finanzierung reduziert sich dadurch von einer Vollfinanzierung auf eine Anteilsfinanzierung in Höhe von 35 Prozent.

Dem entsprechend ist die rechtskreisübergreifende Förderung zu folgenden Anteilen vorgesehen:

Durch das Jobcenter Köln	65 Prozent
durch das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren (Amt 50)	25 Prozent
durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie (Amt 51)	10 Prozent

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Frau Körfgen (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

Frau Kleine (SKF e.V. Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Krücker (Caritasverband Köln e.V.)

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

Frühere schriftliche Anträge aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

5.2 Neue Anträge

5.2.1 Antrag aus Sportausschuss vom 27.01.2022: "Inklusive Skaterparks"

Frau Kessing nimmt Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und weist darauf hin, dass es bereits barrierefreie Skateranlagen in Köln gebe, was sie sehr begrüße. Die Verwaltung habe dargestellt, dass versucht werde, dem Bedarf an Skateranlagen zu entsprechen und dabei auch den Bedürfnissen von Menschen, die im Rollstuhl sitzen, entgegenzukommen. Sie begrüße das Vorgehen der Verwaltung, anstelle Neubauten die vorhandenen nahegelegenen Toilettenanlagen mit zu nutzen und bitte die Stadt-AG Behindertenpolitik um eine kurze Stellungnahme.

Frau Richter lobt die flexible Lösung mit den Kooperationspartnern bei den nahegelegenen Toilettenanlagen ausdrücklich. Dieses Vorgehen sei sehr pragmatisch und sehr hilfreich. Die Thematik der Parkplätze sei ihr leider nicht bekannt.

Herr Dr. Schlieben erkundigt sich, ob die Verwaltung das positive Votum des JHA als Unterstützung für das weitere Vorgehen benötige.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bedankt sich bei Frau Richter für ihr positives Votum und erklärt, die vorliegende Beantwortung ebenfalls in den Sportausschuss zur Kenntnis zu geben. Er bestätigt, dass das positive Votum des JHA ausreichend sei und erläutert, dass im Rahmen der Spielplatzbedarfsplanung die Themen Barrierefreiheit, Generationengerechtigkeit, sportliche Nutzung von Spielplätzen noch einmal gesondert bewertet werden.

Herr Lorenz hinterfragt die Finanzierung und möchte wissen, ob dies als Sportausgabe oder über die Spielplatzbedarfsplanung abgewickelt werde. Des Weiteren bittet er darum, auch den linksrheinischen Bedarf abzudecken.

Frau Quilling fragt ebenfalls, warum die Zuständigkeit bei der Jugendverwaltung liege, und ob nicht über andere Zuständigkeiten abgerechnet werden könne.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erläutert, dass sowohl für die Spielplatzbedarfsplanung wie auch für den Bau von Spielplätzen grundsätzlich die Jugendverwaltung zuständig sei. Sportentwicklungsprojekte würden über den Sportetat abgewickelt. Da könne es schon mal Überschneidungen geben, aber er stellt klar, dass bei Planung und Bau von Spielplätzen das Jugendamt die Federführung inne habe.

Frau Kessing erklärt, dass sie eine Ausweitung der Toilettenanlage aufgrund der vorgeschlagenen vorhandenen Lösung für verzichtbar erachte. Die Parkplatzsituation sehe sie als unkritisch an, das müsse im Einzelfall gelöst werden. Sie kündigt an, sich mit dieser Kommentierung dem Vorschlag der Verwaltung anzuschließen.

Frau Schalla erklärt, dass die Parkplätze für den Antragsteller ein wichtiges Thema seien, insbesondere im Hinblick auf Menschen mit Behinderung oder in Rollstühlen, die die Skateranlage erreichen wollen. Sie wünsche daher, dass Parkplätze in ausreichender Form zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – unterstützt die Antragstellung, um barrierefreie Skaterparks im Stadtgebiet zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (1), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Frau Körfgen (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

Frau Kleine (SKF e.V. Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Krücker (Caritasverband Köln e.V.)

Zu 5.2.1 Inklusive Skaterparks – Stellungnahme zum Antrag der Stadt-AG Behindertenpolitik zum Sportausschuss 27.01.2022 0806/2022

Siehe TOP 5.2.1

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

**6.1.1 Beratungsfrequenz beim schulpsychologischen Dienst und bei den Erziehungsberatungsstellen
AN/0154/2022**

Zu 6.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0154/2022 "Beratungsfrequenz beim schulpsychologischen Dienst und bei den Erziehungsberatungsstellen" 0567/2022

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Neue Anfragen

**6.2.1 Suizidversuche von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie
AN/0177/2022**

**Zu 6.2.1 Beantwortung der FDP-Anfrage „Suizidversuche von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie“
0772/2022**

Die Kenntnisnahme der Beantwortung wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**6.2.2 Jugendeinrichtung Wunschtor
AN/0520/2022**

Die Anfrage wird bis zum Vorliegen einer Beantwortung zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

**7.1.1 Beantwortung der mündlichen Nachfragen der FDP-Fraktion zu der Vorlage 0185/2022 unter TOP 7.1.5 aus der JHA-Sitzung am 25.01.2022
0608/2022**

Die Beantwortung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

7.1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage der FDP-Fraktion zum Live-Stream 0550/2022

Frau Schalla bedankt sich für die Beantwortung und kündigt für die nächste Sitzung einen Antrag an, dass der Live-Stream des JHA insbesondere im Hinblick auf die frühe Uhrzeit unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben aufgezeichnet werde. Sollte diesem Antrag zugestimmt werden, würde sie es begrüßen, wenn dieses Angebot auch beworben werde.

7.1.3 "KiTa Berrischstraße 132-136 in Köln (Roggendorf/Thenhoven)" Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Schmerbach aus der JHA-Sitzung vom 25.01.2022 0739/2022

Frau Schmerbach erklärt, dass sie die Beantwortung nur kurz habe sichten können. Es sei wichtig, dass die Kinder altersgemäß aufgenommen werden können und sie fragt, ob diese Unterbringung gegebenenfalls über eine Großtagespflege vorgesehen sei.

Frau Schäfer-Sikora erläutert, dass noch nicht alle Kinder untergekommen seien. Die Kita konnte wider Erwarten nicht in Betrieb genommen werden. Die Stadt sei derzeit um Alternativen, gegebenenfalls auch unter Zuhilfenahme der Großtagespflege bemüht.

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Herr Gümüs erkundigt sich im Hinblick auf die steigenden Infektionszahlen nach den aktuellen Corona-Zahlen und möchte wissen, warum diese nicht vorliegen. Er fragt, ob nur die in der Kita beziehungsweise Schule positiv getesteten Kinder mit in die Zahlen einfließen, oder ob auch Kinder, die zuhause getestet wurden, in den Zahlen Berücksichtigung finden.

Herr Beigeordneter Voigtsberger sagt eine Beantwortung zu.

7.2.2. Herr Gümüs nimmt Bezug auf den heutigen Weltfrauentag. Er weist auf den ebenfalls heute stattfindenden Warnstreik im Erziehungsdienst hin und spricht sich für eine bessere Bezahlung in diesem Tätigkeitssektor aus. Er bitte die Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang mäßigend auf den VKA einzuwirken.

Herr Rudolph weist darauf hin, dass die Sitzung immer noch unter Corona-Bedingungen stattfinde und bittet künftig um vorherige schriftliche Einreichung der Fragen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger stellt klar, dass die Tarifverhandlungen zwischen dem VKA und Verdi stattfinden und die Stadt nicht unmittelbar beteiligt sei. Er bittet, das Ergebnis der Tarif-Verhandlungen abzuwarten.

7.2.3 Frau Kessing bittet darum, das Hilfesystem für Kinder psychisch kranker Eltern in einer der nächsten Sitzungen zu thematisieren. Dieses Thema sei auch vor dem aktuellen Hintergrund wichtig und hilfreich.

Frau Schäfer-Sikora erklärt, dass einige Angebote bestehen und sagt zu, diese darzustellen.

Herr Rudolph schlägt eine diesbezügliche Präsentation für eine der nächsten Sitzungen vor.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Umbesetzung JHA-Mitglieder 0429/2022

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung liegen nicht vor.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste liegen nicht vor.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 "Tag der Jugend im Rathaus" - Umsetzung unter Pandemiebedingungen – Abschluss 2020/2021 – Sachstand 2022 0696/2022

Frau Kessing wirbt dafür, dass analog dem letzten Tag der Jugend im Rathaus die Anträge der Jugend in abgewandelter, den Regularien entsprechender Form auch in den Rat der Stadt Köln eingebracht werden.

Herr Dr. Schlieben schließt sich Frau Kessing an. Zusätzlich fragt er, ob es möglich sei, den Tag der Jugend nicht nur mit Schulen, sondern auch mit Jugendzentren oder Jugendeinrichtungen durchzuführen.

Frau Mörtl beschreibt, dass der Tag der Jugend ein stadtweites Angebot sei, welches mit den Schulen der gesamten Stadt zentral im Rathaus stattfindet. Sie weist darauf hin, dass es perspektivisch ein neues Konzept geben werde, welches dem Jugendhilfeausschuss in einer der folgenden Sitzungen in Form einer Präsentation vorgestellt werde. Darin sei geplant, mit individuellen Konzepten mehr in die Bezirke zu gehen. Dafür seien auch die Ergebnisse des Veedels-Checks in Mülheim, welcher jetzt stattfindet, hilfreich.

Frau Richter ergänzt, dass politische Bildung bei Menschen mit Behinderung nur sehr wenig stattfindet. Sie unterstütze daher ausdrücklich dezentrale Angebote, welche diesen Menschen in der Nähe ihres Wohnortes eine politische Teilhabe ermöglichen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger weist darauf hin, dass der nächste Tag der Jugend am 07. April stattfinden werde.

8.4.2 Begleitgremium zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025 0698/2022

Frau Kessing fragt, wie Kinder und Jugendliche an der Maßnahme beteiligt werden sollen.

Herr Dr. Schlieben möchte wissen, ob Ziele aus einzelnen Einrichtungen der Stadtbezirke hier mit aufgenommen werden.

Frau Mörtl führt aus, dass Kinder und Jugendliche in besonderem Maße beteiligt werden. Partizipation sei hierbei eine wichtige Schwerpunktaufgabe. Sie erläutert, dass die Sitzung aus diesem Grund auf den späten Nachmittag gelegt worden sei, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe zu ermöglichen. Darüber hinaus befinde sich die Stadt Köln im Austausch mit den Kinder- und Jugendforen in den Bezirken. Der Jugendring mit seinen Verbänden sei ebenfalls Teil des Gremiums. Sie bekräftigt, dass alles versucht werde, um Kinder und Jugendliche in das Gremium zu holen. Zusätzlich solle ein Jugendbegleitgremium eingerichtet werden, falls es Kindern nicht möglich sei, zu der Sitzung zu kommen.

Sie erläutert, dass es sich bei der Förderplanung um eine gesamtstädtische Planung handele. Es werde kein Bezug auf einzelne Bezirke genommen, da es um einen Querschnitt gesamtstädtischer Themen gehe. Sie weist auf die Maßnahme 1 im Förderplan hin, in welcher sich im Zusammenhang mit den Bezirksanalysen bezirklichen Themen gewidmet werde.

Herr Gümüs merkt an, dass der Jugendamtselternbeirat (JAEB) bei der Zielgruppe nicht aufgeführt sei.

Frau Mörtl erläutert, dass der Förderplan für Kinder ab 6 Jahren vorgesehen sei. Der JAEB sei nicht Teil der Zielgruppe, da Vorschulkinder nicht im Fokus der Förderung stehen.

8.4.3 Ratgeberbroschüre „Digitale Spiele pädagogisch beurteilt“ Band 31 2021/2022 0720/2022

Herr Rudolph weist auf die am Eingang ausliegende Broschüre hin und motiviert alle, sich im Anschluss an die Sitzung ein Exemplar mitzunehmen.

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 EDELGARD: Tätigkeitsbericht 2021 und geplante Evaluation 0332/2022

Frau Schalla nimmt Bezug auf die in der Tabelle aufgeführten Einsätze des Edelgard-Teams. Sie fragt nach der Bedeutung des Wortes „Einsätze“ auf den einzelnen Veranstaltungen und fragt in diesem Zusammenhang, warum es nur so wenige Einsätze seien.

Herr Rudolph erläutert, dass die einzelnen Gespräche, zu welchen Frauen in eine der Anlaufstellen gekommen seien, als „Einsatz“ bezeichnet werden. Wenn wenig zu tun sei, nutzen die Kolleg*innen zudem die Gelegenheit, Edelgard weiter bekannt zu beziehungsweise darauf aufmerksam zu machen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger kündigt an, die zuständige Stelle um eine Beantwortung des zweiten Teils der Frage von Frau Schalla zu bitten.

8.5.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt zum Thema Kinderfreizeitbonus für Kinder Alleinerziehender in Hartz IV (AN/2325/2021) 3860/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.3 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken" in der Sitzung am 30.08.2021 0466/2022

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.4 Sportentwicklungsplanung - "POLDIS STRASSENKICKER": kostenloses Fußballtraining für Kölner Kinder und Jugendliche 0497/2022

Frau Sin fragt, ob Überlegungen bestehen, bei der Zielgruppe nach Geschlechtern zu unterscheiden. Insbesondere möchte sie wissen, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit mehr Mädchen erreicht werden.

Herr Beigeordneter Voigtsberger begrüßt die Anregung und erklärt, diese gerne aufzugreifen. Die Rückmeldung werde im Nachgang erfolgen.

8.5.5 Testpflicht in Kindertageseinrichtungen 0725/2022

Frau Schäfer-Sikora erläutert, dass die Prüfung durch das Rechtsamt ergeben habe, dass eine Einführung einer Testpflicht für Kitas rechtlich nicht durchsetzbar sei.

Sie beschreibt, dass grundsätzlich der Bund und das Land NRW die rechtlichen Vorgaben zur Pandemie-Bekämpfung vorgeben und verweist auf die Corona-Betreuungsverordnung, in welcher eine Testpflicht für Kitas nicht vorgesehen sei. Sollte sich eine Kommune dennoch für eine Testpflicht entscheiden, müssen gerechtfertigte Gründe (beispielsweise die Höhe der Infektionszahlen) dafür vorliegen. Zudem müsse das Ministerium mit eingebunden werden.

Die Stadt Köln befinde sich in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Ministeriums. Zudem gebe es neben den rechtlichen Gründen auch schwerwiegende pädagogische Gründe, die gegen eine Testpflicht sprechen.

Herr Rudolph kündigt den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung an und bittet darum, den Live-Stream abzuschalten und die Zuschauer, den Ratssaal zu verlassen.

Gez. Stellvertretender Vorsitzender Floris Rudolph

Gez. Schriftführung Karin Wolf